

Vorwort

Dieses Heft ist Gegenwart und Zukunft der Osteuropastudien und der Regionalforschung gewidmet. Das OEI, Herausgeber dieser Zeitschrift, war in den letzten Jahren Irritationen von Expertenkommissionen ausgesetzt. Als Vorsitzender des Institutsrates des OEI will ich nicht sagen, dass das Institut selbst gar nicht zu diesen Irritationen beigetragen hat. Aber wichtiger waren andere Faktoren im Umfeld.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Ablösung des Kalten Krieges durch eine komplexe multipolare Welt haben die lange Zeit starke politische Unterstützung für Untersuchungen über Osteuropa entschieden gemindert. Die als Globalisierung gefasste Intensivierung und Beschleunigung von Finanz-, Kommunikations- und Informationsströmen macht die Orientierung auf scheinbar stabile Räume hinterfragenswert. Prozesse der Integration von Werbe- und Unterhaltungsangeboten, der Auffächerung kultureller Identitäten und zugleich der Aufspreizung von Lebensformen und -bildern zwischen pluralen, „globalen“ Orientierungen einerseits und antisäkularen, „fundamentalistischen“ Reaktionen andererseits führen zu Flickenteppichmustern politischer und sozialer Orte; auch dies macht es immer schwerer, Räume als Untersuchungsfelder zu definieren und stabil zu halten. Anfragen zu stellen, ist also nicht nur legitim, sondern auch notwendig.

Diese Fragen nach dem Nutzen von Regionalstudien werden in diesem Heft aus unterschiedlicher Perspektive in engagierten und plädoyierenden Beiträge von Hans-Holm Sundhausen (S. 5), Kenneth Prewitt (S. 8), Saskia Sassen (S. 11), Heike Dörrenbächer (S. 12), Aurel Croissant (S. 14) und Manfred Sapper (S. 16) behandelt. Ein besonderes Teilstück ist die Umfrage, die wir zu genannter Thematik bei sieben einschlägigen Instituten in St. Petersburg, Helsinki, Birmingham, London, Pittsburgh, New York, Stanford und Harvard (S. 19) durchgeführt haben. Auch das OEI hat sich hier positioniert.

Debatten über Regionalstudien – area studies – sind in den vergangenen Jahren also geführt worden. Das geschah in Fachverbänden (DGO, AAASS, ISA, IPSA), in einschlägigen Publikationen und andernorts. So verwundert es nicht, dass auch Wissenschafts- und Finanzministerien auf die Idee kamen zu prüfen, ob die Republik noch Regionalstudien benötigt. Damit begann eine längere Phase von Evaluationen und Kommissionen, die sich auch der Berliner Regionalinstitute im Allgemeinen und des OEI im Besonderen annahm. Ich wiederhole, dass daran nichts Unanständiges ist. Wissenschaftliches Tun hat sich Beurteilungen zu stellen und es muss zumindest Fachgutachter überzeugen.

Das gilt auch dann, wenn ungünstige Ausgangsbedingungen vorliegen, wie im Fall des OEI. Gegen Ende der Tätigkeit des Wissenschaftsrates, im Frühjahr 2000, waren hier nur noch zwei von sechs der im Strukturplan der FU vorgesehenen Professuren besetzt. Das Gutachten des Wissenschaftsrats (WR) enthielt kritische Fragen und partiell skeptische Einschätzungen (S. 36). Es führte zur Einsetzung einer weiteren Expertenkommission zur Beurteilung der Berliner Regionalinstitute (S. 41), die im Sommer 2001 ihren Bericht vorlegte. Dieser Befund war in der Tendenz positiv, vor allem auch für das OEI. Doch folgte auf diese eine weitere, diesmal Struktur- und Programmkommission, die über die Umsetzung der vorherigen Empfehlungen nachzudenken hatte. Deren Arbeit endete nach immerhin nur zwei Sitzungen im Dezember 2001. Nun mussten diese weiteren Befunde nur noch in einen Beschluss des Akademischen Senats der FUB umgesetzt werden, der tatsächlich am 6.2.2002 erfolgte (S. 46). Wir legen den geeigneten LeserInnen Auszüge aus den Berichten der genannten Kommissionen in diesem Heft vor.

Wie ist nun die Lage? Sobald die in den Empfehlungen vorgegebene Dachkommission zur Berufung aller vakanten Professuren an den Regionalinstituten der FUB gebildet sein wird, können die dann noch ausstehenden Berufungen vorbereitet werden. Eine weitere Berufung ist derweil erfolgt und eine weitere steht unmittelbar bevor. Der von den Evaluatoren befürwortete neue M.A.-Studiengang „Osteuropastudien“ liegt der FU-Verwaltung zur Prüfung vor und muss dann in eine Beschlussempfehlung für den AS umgesetzt werden (S. 48). Der ebenfalls begrüßte M.A.-Fernstudiengang „East European Studies“ wurde der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung eingereicht und ist inzwischen bewilligt worden (S. 50).

Weitere Aktivitäten des OEI laufen mit Erfolg weiter: Die neulich preisgekrönte Praktikumsbörse (S. 56), die Homepage, die Verbesserung der Informations- und Kommunikations-Infrastruktur, die Vorbereitung eines deutsch-russischen Graduiertenkollegs (in den jüngsten Zielvereinbarungen vom Präsidium gebilligt), die Besetzung der vom Stifterverband bewilligten Forschungsdozentur für Konfliktmanagement, und die Realisierung und Vorbereitung erstaunlich zahlreicher laufender und genehmigter Forschungsprojekte (S. 69). Hinzu kommen Berichte von Rosalinde Sartorti (S. 57) und Sandra Evans (S. 58). Weitere Aktivitäten sind ebenfalls profilbildend: Der vom DAAD gerade genehmigte Antrag auf Einrichtung eines deutschsprachigen Studiengangs für Politikwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft in Moskau (S. 60), die Intensivierung der Kooperation mit Partnerinstituten, vor allem in St. Petersburg (European University), Helsinki (Aleksanteri Institut), Birmingham (CREES), und entsprechenden Einrichtungen an amerikanischen Hochschulen.

Ein eigener Teil dieses BOI gilt den – zunehmend wichtigen – „virtuellen“ Aktivitäten am OEI und zu Osteuropa. Das betrifft das große Informationsangebot über ISI (S. 61), die JOE-Liste und den dazugehörigen nicht-virtuellen Stammtisch (S. 61 bzw. S. 63) und die Serviceleistungen von GESIS (S. 65).

Schließlich wird dieses Heft wie stets abgeschlossen durch mehrere Beiträge aus Forschung und Lehre sowie durch Berichte von Exkursionen und Tagungen.

In der Summe ist dieses Heft auch eine Teilantwort auf die Ausgangsfragen. Regionalstudien lassen sich auch heute gut begründen, wenn sie dreifach verankert sind: in einer theoretisch angeleiteten und vergleichend operierenden Lehre, in Forschungsdesigns, die in der Regel raumübergreifende Fragen über Vergleiche von Referenzpunkten in mehreren Räumen zu beantworten suchen, und auch über das Angebot von Beratungsdienstleistungen für Nachfragen aus Wirtschaft, Politik und Kultur. Das schließt die Teilnahme an Deutungskonkurrenzen auf einem kompetitiven Deutungsmarkt ein.

Es sieht danach aus, dass das OEI auch künftig seinen starken Platz im Rahmen der FUB, des Hochschulstandorts und der Hauptstadt Berlin, der nationalen und internationalen Ausbildungs-, Forschungs- und Beratungslandschaft haben wird. Er wird sich immer wieder neu zu prüfen, teilweise neu zu definieren und auch zu behaupten haben. Aber es wird ihn geben, wenn wir diese Herausforderungen annehmen. Dazu lade ich alle MitarbeiterInnen und Studierenden nachdrücklich auf Neue ein.

Klaus Segbers

Vorsitzender des Institutsrats des OEI